

Beschluss des Landrats vom 14.02.2019

Nr. 2523

23. Erweiterung und Stärkung des Bildungsrates

2018/638; Protokoll: gs

Eine parlamentarische Initiative wird zur Vorbereitung an eine Kommission (hier die BKSK) überwiesen, wenn eine Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder das Begehren vorläufig unterstützt, sagt Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP). Der Regierungsrat hat aber auch das Recht zur Stellungnahme – im vorliegenden Fall empfiehlt er Ablehnung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

In einem Punkt, so sagt **Miriam Locher** (SP), seien sich alle einig: Im Landrat finden zu viele Debatten zu Bildungsthemen statt. Das ist ein Grund, wieso die SP der Meinung ist, dass die Politik nach wie vor in den Bildungsrat gehört. Wenn man die politischen Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bildungsrat nimmt, kann man hier drinnen gar keine Verantwortung mehr übernehmen für die Entscheide, die dort gefällt werden. Dann kann man diese Entscheide völlig delegieren – und man wird im Landrat noch mehr darüber streiten, was der Bildungsrat entschieden hat. Wenn man die politischen Vertreterinnen und Vertreter hingegen drin lässt, dann müssen sich hier im Landrat alle an der Nase nehmen, dass man die richtigen Leute dorthin schickt; dass man Verantwortung dafür übernimmt, was der Bildungsrat entscheidet; und dass man als Politikerin oder Politiker hinter den Entscheiden steht. Dies zum Antrag, dass es nach wie vor Politikerinnen und Politiker in diesem Gremium haben sollte.

Der Bildungsrat soll erweitert werden, weil es nicht so bleiben kann, wie es ist. Es gehören weitere Anspruchsgruppen in den Bildungsrat, beispielsweise eine Vertretung der Schulratspräsidenten etc. Man kann es im Vorstoss nachlesen. Das wichtigste Argument ist, dass man im Landrat die Verantwortung wahrnimmt und die Politik darum mit in den Bildungsrat gehört; man sollte die politischen Parteien dort nicht ausschliessen. Man gibt dem Bildungsrat und seinen Entscheiden die politische Legitimation. Es geht auch um Verantwortung, die man übernehmen muss – darum sollte man weiterhin vertreten sein. Dabei ist die Grösse des Gremiums hinten an zu stellen: Wenn drei Personen mehr in den Bildungsrat geschickt werden, die Entscheide aber fundierter und breiter abgestützt sind, so ist das vertretbar.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) bekräftigt, dass der Bildungsrat als Gremium sehr wichtig sei und in seiner Funktion im 2018 ja auch vom Souverän bestätigt wurde. Nichtsdestotrotz macht es Sinn, seine Zusammensetzung kritisch unter die Lupe zu nehmen, da Verbesserungspotential zu sehen ist. Es ist in der Tat wichtig, dass dort die richtigen Personen Einsitz haben. Um es aber klar auszudrücken: Die CVP/BDP-Fraktion kann einer Überweisung der parlamentarischen Initiative nicht zustimmen. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten, die erst geprüft werden müssen – zum Beispiel die Auswirkungen auf die kommende Amtsperiode. Zudem erscheint der Vorschlag, das Gremium zu vergrössern, wenig praktikabel. Schon heute sind zwölf Personen ein grosser Beirat – und eine neu einzuführende, zahlenmässige Erweiterung ist kein Qualitätsgewinn. Deshalb: Nicht die Menge macht die Qualität aus, sondern die Zusammensetzung. Darum wird das nachfolgende Postulat [Traktandum 24] unterstützt.

Oskar Kämpfer (SVP) erlaubt sich, zu diesem und zum folgenden Traktandum Stellung zu nehmen. Es wurde erwähnt, dass das Stimmvolk vor kurzem Stellung nehmen durfte, ob es eine Bildungskommission oder einen Bildungsrat will – und wer im Bereich der Bildung den Ton angeben soll. Das Stimmvolk hat klar entschieden, es wolle einen Bildungsrat – und zwar so, wie er gewe-

sen ist. Man geht darum davon aus, dass eine Änderung der Zusammensetzung im Moment nicht angebracht ist. Man kann das allenfalls in drei oder vier Jahren wieder bringen. Nach der klaren Volksabstimmung wird die SVP jede Veränderung ablehnen. Das betrifft sowohl die Traktanden 23 wie auch 24.

Die FDP-Fraktion lehne die Überweisung ebenfalls ab, erklärt **Heinz Lurf** (FDP). Man hat bereits Begründungen dazu gehört. Man folgt den Ausführungen des Regierungsrats. Alle kennen die Geschichte des Bildungsrats – er wurde im Juni 2018 bestätigt, auch in der Zusammensetzung. Man darf aber durchaus über die Zusammensetzung nachdenken. Der Bildungsrat wird ab August zumindest personell in teils neuer Zusammensetzung starten. Das wird auch Impulse von verschiedenen Leuten geben. Da kann man sich in nächster Zeit Gedanken machen, wie der Bildungsrat sich zusammensetzen könnte; ob es die fünf Vertreter der Parteien noch braucht (der Redner bejaht dies, fragt aber nach Form und Quantität) und ob man das Gremium wie gehört erweitern könnte. Nochmals aber: Man soll den Bildungsrat in der jetzigen Form arbeiten lassen. Die Diskussionen werden sich dort von alleine ergeben.

Auch die Grünen lehnen die parlamentarische Initiative ab, gibt **Florence Brenzikofer** (Grüne) bekannt. Man hat sie nicht mitunterzeichnet, als sie im Juni 2018 eingereicht wurde. Der Grund: 16 Mitglieder sind zu viel für ein solches Gremium. Auch der Zeitpunkt ist aktuell sicher nicht ideal. Eine Anmerkung zum Votum des Vorredners zur Zusammensetzung des neuen Bildungsrats: Man weiss, dass es auf die neue Amtsperiode hin Wechsel geben wird. Die Wahlen finden schon bald statt – und es gab ein vorbereitendes Treffen, zu dem alle Parteien eingeladen waren. Dort wurde versprochen, dass es Wechsel gibt – und man schaut auf die Zusammensetzung. Man ist bereits auf dem Weg zu einer adäquaten Zusammensetzung des Bildungsrats, wie Béatrix von Sury d'Aspremont es in ihrem Postulat verlangt. Darum wird die Initiative abgelehnt, während man dem Postulat zustimmt. Somit folgt man der Regierung.

Es sei im Landrat schon bei anderer Gelegenheit gesagt worden, dass man den Bildungsrat für ein Gremium halte, das politisch sein müsse, sagt **Matthias Häuptli** (glp). Es war darum erfreulich, dass Miriam Locher dies auch so sieht. Man will die Vertreter der Parteien nicht hinauswerfen. Man hat aber moniert, das Problem des Bildungsrats bestehe unter anderem in einem Übergewicht der Stakeholder im Bildungsbereich. Es ist fast schon ein Selbstverwaltungsgremium von allen, die im Bildungswesen tätig sind. Das ist keine gute Entwicklung. Die Initiative setzt hier nochmals eins drauf. Wenn auch noch Schulpräsidien und Schulleitungskonferenzen sowie die Gemeinden als Schulträger drin sind (was an sich nicht unberechtigt ist), schafft dies angesichts der heutigen Zusammensetzung erst recht ein Übergewicht der Stakeholder. Das geht für die Fraktion so nicht auf. Sie lehnt die Initiative darum ab – und ebenso das Postulat, aus denselben Gründen.

Andrea Heger (EVP) kommt auf das Votum von Oskar Kämpfer zurück: Er hat gesagt, bei den Abstimmungen habe das Volk klar gesagt, dass es den Bildungsrat wolle. Dazu kann man sagen, was seitens der EVP kommuniziert wurde (die CVP hat es gleich getan): Man sieht sehr wohl Handlungsbedarf beim Bildungsrat – man sollte an der Zusammensetzung etwas ändern. Es war der Partei aber wichtig, dass man weiterhin den Bildungsrat hat – und nicht das neue Gremium. Man hat sich stark für den Erhalt des Bildungsrats eingesetzt – und gesagt, man werde sich danach dafür einsetzen, dass man über dessen Zusammensetzung diskutieren kann. Darum soll Oskar Kämpfer gebeten werden, die Leute zur Kenntnis zu nehmen, die für den Bildungsrat gestimmt haben; im Wissen, dass die Zusammensetzung nicht in Stein gemeisselt ist. Insofern hat das Votum von Heinz Lurf gefallen, wonach man gewisse Dinge diskutieren kann. Punkto Vertretung der Politik ist zu sagen: Es handelt sich um eine mündliche Abmachung. Es ist

unklar, wie es zustande gekommen ist, dass die heute vertretenen Parteien so vertreten sind. Das kann man auch diskutieren – ebenso, ob es eine Vertretung der Parteien oder der Politik geben sollte (wie man das in andern Kommissionen kennt). All diese Fragen sind offen zu stellen. Darum wird der Vorstoss von Béatrix von Sury d'Aspremont unterstützt, weil er sehr offen ist. Der aktuelle Vorstoss ist hingegen zu eng gefasst.

Es ist für **Pascal Ryf** (CVP) nach einer Abstimmung immer spannend, wie die Sieger oder Verlierer das Resultat in ihrem Sinne auslegen. Fakt ist: Man hat im Wahlkampf klar gesagt, der Bildungsrat in dieser Zusammensetzung soll und muss überdacht werden. Sowohl von linker als auch von bürgerlicher Seite (welche gegen den Bildungsrat angekämpft hat) wurde immer wieder betont, die Zusammensetzung des Gremiums sei nicht gut. Der Redner hat Miriam Locher aber im Vorfeld gesagt, dass man die Initiative nicht unterstützen könne, weil der Bildungsrat nicht noch grösser werden soll. Auch wenn der Ansatz, dass gewisse (wie Mathias Häuptli es sagen würde) Stakeholder wie die Schulleitungen Einsitz haben, nicht falsch wäre – der Vergrösserung des Gremiums kann man nicht zustimmen. Darum ist die CVP/BDP-Fraktion klar gegen die Initiative. Dennoch – zu Mathias Häuptlis Aussage, es könne nicht sein, dass alle Bildungs-Stakeholder im Bildungsrat sind: Spannend ist ja: Wenn man einen Bankrat hat, so ist es selbstverständlich, dass finanzkompetente Leute in diesem Bankrat sind. Niemand würde sagen, in den Bankrat gehören keine Stakeholder, weil sie befangen sind – es sollen alles Handwerker oder alles Lehrpersonen drin sein. Das macht keinen Sinn. Es ist doch richtig, dass in einem Bildungsrat Fachpersonen drin sind. Zur politischen Zusammensetzung hat der Redner eine andere Haltung: Es ist nicht einzusehen, warum die Parteien ein so starkes Gewicht in diesem Bildungsrat haben sollen. Darum ist es gut, dass man den Vorstoss von Béatrix von Sury d'Aspremont unterstützt, damit die Thematik angeschaut werden kann – die parlamentarische Initiative soll aber abgelehnt werden.

Matthias Häuptli (glp) antwortet Pascal Ryf, es sei ein meilenweiter Unterschied, ob es um einen Bankrat oder um die Schulpolitik gehe. Man hat eine Volksschule – das heisst: Es ist eben nicht eine Staatsschule, sondern die Schule, die vom Volk getragen wird. Man hat Schulräte mit Laien drin. Für die Schule ist sowieso jeder irgendwie ein Experte. Das mag man blöd finden, besonders wenn man im Bildungswesen tätig ist. Es ist aber eine politische Realität, die man abbilden muss. Das ist nicht mit einem Bankrat zu vergleichen, wo es wirklich Fachwissen braucht – es ist eine andere Geschichte. Eine Bank wird nicht vom Volk geführt. Dort geht es darum, dass man einen Betrieb haben muss, der funktioniert.

Für **Andrea Heger** (EVP) war das letzte Votum von Matthias Häuptli sehr despektierlich. Man braucht überall Sach- und Fachwissen. Es ist überall wichtig, dass man aussenstehende Werthaltungen und Vertretungen hat. Darum könnte es auch einem Bankrat gut tun, andere Sichtweisen drin zu haben. Jetzt geht aber um den Bildungsrat. Es ist logisch, warum dort viele Leute drin sind, die mit Bildung zu tun haben. Ziel des Bildungsrats ist es ja, dass nicht nur – wie es sonst gang und gäbe ist – jede Stufe für sich alleine schaut und so votiert, dass sie am meisten herausholt. Es soll ein Gremium sein, das einen guten Blick auf die gesamte Laufbahn hat. Dafür ist der Bildungsrat sehr gut: Er diskutiert tiefgründig – und man kann sich gegenseitig die Horizonte erweitern und dieses Wissen in jede Stufe zurückbringen. Darum ist es sehr wichtig, dass verschiedene Bildungsbeteiligte dabei sind. Man muss von der Grösse her schauen, wie viele Mitglieder es braucht – und wieviel Aussensicht dem Gremium gut tut (es soll nicht gesagt werden, dass diese nicht nötig ist). Das aber muss man jetzt gut ausdiskutieren.

Lehrer oder Lehrerin könne also jeder sein, sagt **Miriam Locher** (SP) an die Adresse von Mathias Häuptli – so jedenfalls sei dessen Aussage zu verstehen gewesen. Es ist aber ganz wichtig, dass die betreffenden Personen, die in diesem Bereich arbeiten, vertreten sind. Es ist aber auch wichtig,

dass die Politik vertreten ist – darum soll es eine Erweiterung geben. Es braucht fundiert abgestützte Entscheide – sonst wird man sich im Landrat wieder x-mal im Kreis drehen. Der Bildungsrat muss breit abgestützt sein, um Vorschläge machen zu können, hinter denen alle stehen können. Die Rednerin verwahrt sich gegen solche respektlosen Aussagen, in denen man das Bankwesen und die Schulen vergleicht. Im Schulwesen hat man eine extrem wichtige Ressource – man muss mit der Bildung umgehen und sie den Kindern und Jugendlichen weitergeben. Genau darum sollten alle dort vertreten sein: die Schulratspräsidien, die Schulleitungen, aber eben auch die politischen Parteien.

Andreas Bammatter (SP) schaut in den Saal und erinnert sich an die Debatte, als der Landrat – entgegen der Haltung des Volks – den Bildungsrat abschaffen wollte: weil die Politiker aus dem ganzen Kanton es ja besser wissen, weil sie letztlich auch zahlen. Nun will die SP das Gremium erweitern, indem sie sagt, alle Beteiligten in ihren Rollen und Funktionen sollen dabei sein. Man hat im Bildungswesen nun mal eine Mehrstufigkeit mit Schulleitungen und -räten, mit dem Amt für Volksschule, mit Landräten, die mitreden, mit der Bildungskommission und der Wirtschaft. Wenn diese Player angemessen vertreten sein sollen, so ist ein Gremium mit einer gewissen Grösse notwendig – und es macht auch Sinn. Wenn der Landrat hingeht und sagt: Diese Gruppe erhält etwas mehr, jene etwas weniger – so macht er, was er zum Glück nicht tun muss: die fachliche und finanzielle Kompetenz übernehmen, die dem Bildungsrat zusteht. Dafür hat man ein Fachgremium, das den Landrat begleitet und berät – somit können die Entscheide fundiert gefällt werden; in einem Gremium, in dem alle Betroffenen mitreden können.

Pascal Ryf (CVP) kann das Votum von Mathias Häuptli nicht unwidersprochen lassen. Die entstandene Konfusion ist völlig falsch. Natürlich ist der Redner dafür, dass der Bankrat kompetente Leute hat (was ja auch der Fall ist). In der Schlussfolgerung soll das aber nicht heissen, dass im Bildungsrat nicht auch kompetente Leute sein sollen. Damit soll nicht gesagt werden, dass es dort zurzeit keine kompetenten Leute hat. Die Aussage aber, beim Bildungsrat spiele es keine grosse Rolle, wenn er nicht kompetent zusammengesetzt ist, ist sehr problematisch. Es ist aber alles gesagt – man könnte zur Abstimmung übergehen. Hauptsache, die Initiative wird abgelehnt und der Vorstoss von Béatrix von Sury d'Aspremont wird angenommen.

Es mag ja sein, dass schon alles gesagt sei, fügt **Oskar Kämpfer** (SVP) an. Die politische Diskussion läuft aber, weshalb sich der Redner zum zweiten Mal meldet (er hätte das Votum auch unter dem nächsten Traktandum halten können – als erstes Votum). Der Redner muss sein Votum zu den vorhergehenden Voten aber jetzt anbringen: Es ist schon spannend, wie hier argumentiert wird. Der Redner hat zur Kenntnis genommen – dies an Andrea Heger –, dass andere Positionen vertreten wurden. Es ist aber daran zu erinnern (dies auch an Pascal Ryf): Die beiden Angesprochenen vertreten Parteien, die etwa 10 oder 12 % Wähleranteil haben. Etwa in diesem Umfang waren sie auch im Abstimmungskampf wahrnehmbar, als das Volk gesagt hat, es wolle einen Bildungsrat. Dies soll bitte auch zur Kenntnis genommen werden. Es ist noch lange nicht so, dass die beiden Parteien Mehrheiten geschaffen haben, weil sie andere Meinungen kommuniziert haben. Das ist auch hier drinnen nicht der Fall.

Die SVP war gegen den Bildungsrat – sie akzeptiert aber den Volksentscheid. Wenn man die Abstimmungsergebnisse interpretiert, so ist festzustellen, dass der Bildungsrat in seiner heutigen Zusammensetzung (inklusive der politischen Vertretung) gewünscht ist. Dass bereits jetzt eine Veränderung angestrebt wird, ist für den Redner als Verlierer der damaligen Abstimmung doch sehr überraschend. Zum Glück hat Pascal Ryf auch den Zusammenhang zwischen der Qualifikation in den einzelnen Gremien so relativiert, dass im Moment gar nichts mehr klar ist (in diesem Punkt ist Mathias Häuptli zu unterstützen). Es ist darauf hinzuweisen, dass Fachkompetenz selbstverständlich in beiden Gremien wichtig ist – es ist bloss nicht zu verstehen, warum man den

Politikern die Fachkompetenz absprechen will (wie es der Votant zur linken des Redners getan hat).

Die Debatte bestärkt **Marc Schinzel** (FDP), dass die parlamentarische Initiative nicht das geeignete Instrument sei, um das Thema anzupacken. Erstens: Es wurde nicht das nötige Vertrauen geschaffen, dass der Landrat besser dazu im Stand wäre als die Regierung, die Verwaltung und die Bildungsdirektorin, die sich längerfristige Gedanken macht, um die Sache in die Hand zu nehmen. Wenn der Landrat dies an die Hand nehmen würde, käme es wohl nicht zu einem guten Ende. Zweitens: Ein Gremium, das dermassen expandiert und gross wird, ist absolut ungünstig. Das weiss man, das ist nicht neu, das zeigen alle Erfahrungen. Das Gremium ist schon jetzt gross – wenn man es noch weiter ausdehnt, wird die Qualität der Beratungen sicher nicht besser. Das ist nichts, was die FDP unterstützen könnte.

Man habe das eine Votum vielleicht etwas auf die Spitze getrieben oder ins Lächerliche gezogen, sagt **Jürg Wiedemann** (GU). Was man sehen muss: Egal, ob man einen Verwaltungsrat eines Grosskonzerns oder einer Bank hat – oder einen Schul- oder Bildungsrat: Dass es in all diesen Gremien Fachkompetenz haben muss, dürfte unbestritten sein. Es stellt sich aber die Frage, ob ein Gremium rein aus Fachleuten bestehen muss. Braucht es in einem Bildungsrat einzig Leute, die aus den Schulen kommen und mit den Schulen verhandelt sind – oder geht es nicht auch, dass ein Teil zum Beispiel aus der Politik kommt? Da ist durchaus ein Unterschied zwischen dem Verwaltungsrat eines Grosskonzern wie etwa Novartis und einem Bildungsrat zu sehen. Der Bildungsrat vertritt eben auch die Schulen. Er hat Kompetenzen, welche die Schulen sehr stark betreffen – und die Volksschulen sind ganz nah bei den Schülern und den Eltern.

Es ist zu betonen: Die Schulen sind nicht für die Lehrpersonen und die Schulleitungen da, sondern umgekehrt: Schulen und Lehrpersonen sind für die Schüler da. Man muss schauen, was man aus den Schulen machen kann, damit die Schüler die beste Ausbildung erhalten. Dass die Eltern hier eine wichtige Funktion haben und mitreden wollen und können, dürfte richtig sein. Wie aber reden Eltern mit? Das geschieht eben auf einer politischen Ebene. So stellt sich ganz realistisch die Frage, ob nicht die Politik in einer gewissen Funktion auch in einem Bildungsrat drin sein muss. Der Redner befürwortet dies ganz klar. Bei der parlamentarischen Initiative – fast alle haben es gesagt – sind 16 Mitglieder eine extrem grosse Zahl, welche die Ineffizienz fördert. Eine solche Grösse ist nicht gut. Acht oder zehn Mitglieder wären wohl passender. Man wäre viel effizienter. Das ist der Grund für die Ablehnung.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) nimmt ein Votum zu ihrem Postulat vorweg: Es heisst immer, die Politik müsse vertreten sein. Das Eine schliesst das Andere ja nicht aus. Man kann Anspruchspersonen haben, die von der Politik entsandt werden und quasi ein Parteibuch haben. Insofern ist die ganze Diskussion nicht zu verstehen. Man muss eben die richtigen Leute delegieren oder wählen lassen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) ist es ein grosses Anliegen, dass der Bildungsrat in den nächsten vier Jahren in Ruhe arbeiten kann. Er führt sehr wichtige Diskussionen – darum besteht die Überzeugung, dass ein zu grosses Gremium diesem Umstand nicht Rechnung tragen würde. Es ist nicht möglich, intensiv zu diskutieren und die richtigen Entscheide zu treffen, wenn zu viele Leute am Tisch sitzen. Der Bildungsrat trifft abschliessende Entscheide, etwa zur Studentafel oder zu den Lehrplänen. Die Rednerin hat darum schon früh in der Kommission eingebracht, dass man ausdiskutiert, ob die fünf Sitze, die gemäss Gesetz nicht fest definiert sind, umwandeln will oder nicht; ob die Parteien weiterhin Einsitz haben sollen oder nicht. Man konnte sich nicht einigen. Darum hat man gesagt, man wolle die Neuwahlen so aufgleisen, wie man es bisher immer vorgesehen hat – also mit den Parteien, die wieder vertreten sein sollen. Florence Brenzikofer hat

zuvor erwähnt, dass alle Personen nominieren konnten und dass man wieder geschaut hat, dass die Zusammensetzung gut ist – auch zwischen Frauen und Männern (was auch immer wichtig ist) und im Sinne einer Vertretung des ganzen Baselbiets von Schönenbuch bis Ammel und Laufen. Es ist für die Rednerin der wichtigste Punkt, dass man hier nicht wieder eine parlamentarische Initiative im Raum stehen hat, die Unruhe ins System bringt. Es ist wichtig, dass der Bildungsrat auch in den kommenden vier Jahren in Ruhe arbeiten kann. Persönlich ist der Rednerin ganz wichtig, dass sie alle Beteiligten im Schulsystem hören und miteinbeziehen kann. Das findet selbstverständlich auch ausserhalb des Bildungsrats statt. Es gibt einen regelmässigen Austausch mit Verbänden etc., aber auch mit Schulleitungen und Vertretungen der Lehrpersonen – mit allen Beteiligten. Nur so ist es möglich, dass man praxisnahe und umsetzbare Lösungen mit Augenmass entwickeln kann – und so Ruhe in die Schule bringen kann. Darum soll die parlamentarische Initiative abgelehnt werden.

://: Mit 65:18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Parlamentarische Initiative abgelehnt.
